

Frankfurter Angelegenheiten.

— Frankfurt, 18. November.

Stadtverordnetenversammlung.

Den Vorsitz führt Stadtv. Gräf.

Eingetroffen sind Feldpostärzte des sozialdemokratischen

Stadtv. Feldwebelleutnant Heißwolff aus Ostende.

Zunächst gelangte zur Besprechung ein Antrag Hütt-

mann und Genossen r 1 Maßnahmen zur weiteren

Bekämpfung des Notstandes.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur weiteren Bekämpfung des gegenwärtigen Notstandes darauf hinzuwirken zu wollen, daß: 1. alle für das Rechnungsjahr 1914/15 noch vorhandenen Kredite zur Herstellung von Arbeiten für die Stadterwaltung jetzt nach und nach freigegeben werden und mit den Arbeiten sofort begonnen wird, und 2. alle sonstigen Maßnahmen, die von dritter Seite, insbesondere den Unternehmer- und Arbeiterverbänden zur Bekämpfung des Notstandes unternommen werden, von den städtischen Beamten nachdrücklich unterstützt werden.

Stadtv. Hüttmann (Soz.) bemerkte, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer über mancherlei Maßnahmen geeinigt haben. Erfreulich sei, daß sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gebessert haben. Ein Notstand sei aber immer noch vorhanden, auch bei den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden. Der Redner wandte sich zum Schluß gegen die zum Teil künstlich erzeugte Lebensmittelsteuer.

Bürgermeister Dr. Luppe entschuldigte das Fernbleiben des Oberbürgermeisters und erklärte, daß der Magistrat keine Kredite gesperrt habe. Leider sei es unmöglich, allen Arbeitslosen, z. B. den vielen arbeitslosen Buchdruckern, zu helfen. Der Magistrat sei bereit, alle Maßnahmen von dritter Seite zur Bekämpfung des Notstandes zu unterstützen.

Stadtv. Rupp (Sp.) fand die Erklärung des Bürgermeisters sehr erfreulich. Die Kredite seien da, es sei aber schwierig, die Gelder flüssig zu machen. Er warnte davor, zu viel Arbeiten auf einmal in Angriff zu nehmen und erinnerte an die Notlage der Hausbesitzer, deren Folge ein Mindereingang von Steuern sei.

Stadtv. Ehlers (Sp.) schilderte die Notlage der Handlungsgehilfen, die größer sei als die der Arbeiter. Gehaltskürzungen seien in großem Maße vorgekommen, auch unberechtigte Entlassungen. Angesehene Firmen haben Angestellte entlassen und neues Personal mit ganz geringen Gehältern engagiert. Die kaufmännischen Verbände haben sich an solche Firmen gewandt und in einzelnen Fällen Besserungen erzielt. Die Kriegskommission möge erwägen, wie sie diesen verschämten Armen helfen könne. Der Redner richtete an den Magistrat die Bitte, stellenlose Handlungsgehilfen noch mehr als bisher in städtischen Diensten zu verwenden, aber in Stellen, für die mehr als 3 bis 4 Mark pro Tag gezahlt wird.

Bürgermeister Dr. Luppe beurteilt im Namen des Magistrats das Vorgehen der Firmen, die stellenlose Entlassungen vorgenommen haben. Leider sei es auch hier nicht möglich, in allen Fällen Hilfe zu bringen. Die Stadt habe eine große Anzahl stellenloser Techniker und Handelsgangsteller beschäftigt. Unterstützungen seien erfolgt und würden auch weiterhin erfolgen.

Stadtv. Brühne (Soz.) bedauert, daß die Namen jener rigorosen Firmen nicht der Öffentlichkeit preisgegeben wurden. Den Kaufleuten fehle das Solidaritätse Gefühl.

Stadtv. Kleinschmidt (nl.) war der Ansicht, daß der Magistrat allein die Notlage nicht beseitigen könne. Jedes Gewerbe habe unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu leiden.

Stadtrat Prof. Dr. Meißner erklärte, daß alle Kredite freigegeben worden seien.

Stadtv. Müller (Sp.) erinnerte daran, daß viele Hilfskräfte jetzt in den Schulen arbeiten, und befürwortete eine angemessene Bezahlung dieser Leute.

Stadtrat Dr. Ziehen stellte fest, daß die Schulverwaltung jedem Antrag auf Bezahlung der Hilfskräfte entsprochen habe. Es fehle trotz aller Bemühungen, Privatlehrerinnen zu beschäftigen, an weiblichen Hilfskräften.

Der Antrag Hüttmann wurde einstimmig angenommen.

Ein dringlicher Antrag Fromm, der von Angehörigen aller Fraktionen unterschrieben ist, ersuchte den Magistrat, Maßnahmen zu treffen, daß die Festsetzung der

Höchstpreise

nicht wirkungslos bleibt. Stadtv. Fromm (Sp.) bemerkt zur Begründung, daß die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln für den Kleinhandel zwecklos sei, wenn der Kleinhandel keine Ware bekomme. Es müsse also dafür gesorgt werden, daß auch Kartoffeln verkauft werden können, daß also für die Landwirte ein Verkaufszwang festgesetzt werde. Nützlich sei ein billiger Frachttarif. Wie die Preise für Kartoffeln seien auch die für Acker, Reis und Getreide durch Spekulation in die Höhe getrieben worden. Die Regierung müsse unbedingt eingreifen. Der Magistrat solle bei der Regierung entsprechend vorstellig werden.

Bürgermeister Dr. Luppe erwiderte, daß der Magistrat im Sinne der Antragsteller bereits vorstellig geworden sei und weiterhin in dieser Richtung bemüht sein werde. Er werde, falls die Regierung keine Maßnahmen treffe, selbst entsprechende Maßnahmen erlassen.

Eine Reihe Magistratsvorlagen fanden debattelos erledigung.

Stadtv. Müller (Soz.) referierte über die Wahl von Ersatz-Beisitzern und Änderung des Ortsstatuts der Arbeitsvermittlungsstelle. Den Vorschlägen wurde zugestimmt.

Die Wahl von Beisitzern und Stellvertretern zu den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung wurde ohne Debatte angenommen.

Dem Ausschussbericht über den Neubau einer Bürgerschule in Sinnheim und die Erweiterung der Salzmannschule, den Stadtv. Müller (Sp.) für den Schulausschuss erstattete, wurde zugestimmt.

Zum Schluß kamen zwei Eingaben zur Verhandlung. Die Eingabe der Herren Joh. Val. Kunz und Genossen wegen Verlegung des Kinderhorts in der Gellertschule wurde dem Schulausschuss überwiesen, die des Internationalen Variététheaterdirektoren-Verbandes in Berlin wegen Erlasses der Luftverkehrssteuer für Variété-Vorstellungen

Während des Krieges dem Ritzungsaustritt. Die Eingabe des Gemeindevorstandes und Staatsarbeiter-Verbandes wegen Urtausbeschlusses an den Sozialpolitischen Ausschuss. Schluß der Sitzung: 7 1/2 Uhr.